



Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 04. September 2007

Vorlagen-Nr. 07-F-25-0019

**Prävention - Mobilität im stationären Altenpflegebereich
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP vom 21.02.2007**

Vorbemerkung:

Prävention ist eine herausragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie muss im direkten Lebensumfeld der Betroffenen ansetzen. Dezentrale Präventionsstrukturen vor Ort müssen deshalb besonders gefördert werden, so auch in den Einrichtungen der Altenhilfe. Untersuchungen belegen, dass der Muskelabbau im Falle der Immobilität, die insbesondere bei Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenpflegeeinrichtungen gegeben ist, rasch voranschreitet. Gezieltes und regelmäßiges Mobilitätstraining kann dem entgegenwirken. Wohlbefinden, Gesundheitszustand und Lebensqualität der Betroffenen lassen sich dadurch verbessern.

Der Magistrat wird gebeten

1. beispielhaft zu berichten, was in Wiesbadener Altenhilfeeinrichtungen zur Aufrechterhaltung der Mobilität von Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenpflege unternommen wird,
2. in Kooperation mit Sportvereinen, Trägern von Altenhilfeeinrichtungen, der Alzheimer Gesellschaft, den ortsansässigen Krankenkassen u. a. ein Programm zur Erhaltung, Stabilisierung und Wiedergewinnung der körperlichen Mobilität von Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenhilfeeinrichtungen zu entwickeln, das auch die besondere Situation (z.B. Sprachbarrieren) von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund berücksichtigt.
3. zu prüfen, inwieweit die o. g. Institutionen zu einer ehrenamtlichen Mitarbeit an einem Mobilitätsprogramm in den stationären Altenpflegeeinrichtungen bereit wären, dafür bei potenziellen Kooperationspartnern zu werben und dem Ausschuss darüber zu berichten.

Beschluss Nr. 0036

1. Die Zusage des Magistrats (Dez. VI, den angeforderten Bericht zur nächsten Ausschusssitzung vorzulegen, wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird gebeten, den schriftlichen Bericht rechtzeitig zur Sitzung des Ausschusses am 30.10.2007 einzureichen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2007

Abt
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2007

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister